

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

XXIV/136

Bonn, den 22. Juli 1969

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1	<u>Unser Bundespräsident</u> Zum 70. Geburtstag von Dr. Gustav W. Heinemann	36
2	<u>Der Flug zum Mond</u> Bewunderung und Fragen, die gestellt werden	40
3	<u>Die EWG braucht einen politischen Unterbau</u> Zur Rolle der WEU in der westeuropäischen Integration Von Dr. Hans Apel, MdB	53
4	<u>Spaniens Studenten wollen ein "Friedenskorps"</u> Neue Wege zur Bekämpfung des Bildungsnotstandes Von unserem HD-1-Korrespondenten in Madrid	35
	<u>SELBSTBESTIMMUNG UND ZINGLIEDERUNG bringt heute:</u> Forschungsbeirat für Fragen der Wiedervereinigung veröffentlichte seinen 5. Tätigkeitsbericht Erstarrte Machtblöcke werden sich lösen Mißbrauch der Jugend wie unter Hitler Die Selbstbehauptung des deutschen Volkes	

### Unser Bundespräsident

Zum 70. Geburtstag von Dr. Gustav W. Heinemann

sp - Bundespräsident Dr. Gustav W. Heinemann wird am Mittwoch dieser Woche aus Anlaß seines 70. Geburtstages zeigen, was er darunter versteht, wenn er sagt, er wolle auch bei der Repräsentation unseres Staates einen neuen Stil einführen. Weder Galaempfang noch Zapfenstreich markieren diesen Tag. Wer dem Bundespräsidenten zu seinem Geburtstag gratulieren will, ist am Vormittag willkommen; der Nachmittag gehört der Familie des Präsidentenpaares.

Wie in Berlin und Stuttgart, wo der Bundespräsident die ersten Male seit seinem Amtsantritt als Staatsoberhaupt bewußt die bescheidene Repräsentation wollte, so soll es auch an seinem 70. Geburtstag sein. Nicht die Darstellung äußerer Ehren, sondern das Gewicht der Persönlichkeit und die Würde der Vernunft werden diesen Tag, der vielen anderen Anlaß für spektakuläre Feste sein mag, das Gepräge geben.

Mit unserem Wunsch für glückliches Wirken zum Wohle unseres Volkes verbinden wir an diesem Tag den Dank an den Bundespräsidenten, daß es ihm gegeben ist, auch unserem öffentlichen Leben den Maßstab der Bescheidenheit anzulegen.

Allzu lange war es bei uns üblich, bei Geburtstagsfeiern und ähnlichen Anlässen so zu tun, als müßten wir uns selbst und der Umwelt unbedingt zeigen: "Wir sind wieder wer!" Ob uns das immer gut bekommen ist?

Gewiß, jeder Staat sollte darauf achten, daß er als das anerkannt wird, was er ist. Traditionen würdig zu wahren und Neugeschaffenes mit Stolz und ohne Überheblichkeit darzustellen, ist keine Schande. Aber falscher Prunk und eifriges Nachahmen großer oder vermeintlich großer Vorbilder verdecken meist nur sehr unzulänglich die eigene Unsicherheit.

Wir sind gewiß, daß Bundespräsident Heinemann, frei von Unsicherheit und doch selbstbewußt, bei der Repräsentation unseres Staates ein gutes Vorbild für uns alle sein wird.

Dem Bundespräsidenten bei Erfüllung seiner Aufgaben stets zur Seite zu stehen, ihm zu helfen, das Bild des freien Teiles Deutschlands in der Welt so darzustellen, wie es das verdient - dieses Versprechen leitet unsere Gedanken bei dem Glückwunsch zu seinem 70. Geburtstag.

+ + +

### Der Flug zum Mond

Bewunderung und Fragen, die gestellt werden

sp - In diesen Tagen, da viele Millionen Menschen gebannt das größte menschliche und wissenschaftlich-technische Abenteuer - die Mondlandung und die Rückkehr der drei Astronauten zur Erde - verfolgen, schwingt in den Stimmen der Bewunderung und Begeisterung doch immer wieder ein fragender Ton mit: Warum, so fragen sich viele Erdenbewohner, ist der zu Höchstleistungen berufene und befähigte Mensch nicht fähig, einfache Dinge auf dieser Erde in den Griff zu bekommen?

Es gibt darauf mehrere Antworten. Eine davon lautet, das sei immer so gewesen und der technisch-wissenschaftliche Fortschritt sei keine Garantie dafür, daß ungelöste und uns bedrängende Probleme nun auch gelöst werden können.

Die Freude und der Stolz über die großartige Leistung der Wissenschaftler und Astronauten überwiegt natürlich im Augenblick. Selbst in jenem Teil der Welt, in dem die politischen Gegner der USA leben, im Ostblock, wird die Tat der amerikanischen Astronauten gewürdigt und neidlos anerkannt. Daneben aber spricht man bei uns und anderenorts von Hunger in der Welt, von den im Verhältnis zum Mondabenteuer kleinlich wirkenden Grenzstreitigkeiten hier und dort, bei denen unschuldige Menschen sterben müssen. Man spricht vom Hunger und Elend, jenen Krebsgeschwüren der menschlichen Gesellschaft, die nicht geheilt werden können, da ganz offensichtlich alle bisher angewendeten Mittel versagen.

Und die Frage wird immer lauter: Muß das immer so sein, können die Menschen nicht für die Beseitigung ihrer Erden Sorgen die gleiche Energie, die gleiche Intelligenz und die gleichen Mittel aufwenden, wie für die Eroberung des Alls?

Auch wir wissen nicht die Antwort darauf. Wir haben nur die Hoffnung, daß durch das Deutlichwerden der Widersprüche unserer Zeit immer mehr Menschen in allen Völkern und Staaten dieser Erde darüber nachzudenken beginnen, was zu geschehen hat, um eben diesen Widerspruch aufzulösen. Spötter und Skeptiker werden sagen, diese Frage habe sich die Menschheit schon immer gestellt. Das mag richtig sein. Und doch ist es kein Grund, die Hoffnung und das Streben nach einer besseren Ordnung aufzugeben, die Menschen von der Furcht vor Not und Elend befreit und ihnen ein menschenwürdiges Leben ermöglicht.

Die Menschheit an der Schwelle des 20. Jahrhunderts hat die Mittel und das Wissen dazu. Die großartige Leistung des Fluges zum Mond und die Rückkehr der drei Astronauten auf unseren Planeten haben es bewiesen.

+ + +

## Die EWG braucht einen politischen Unterbau

Zur Rolle der WEU in der westeuropäischen Integration

Von Dr. Hans Apel, MdB

Wird die EWG auf die Dauer nicht von einer weitergehenden politischen Einigung begleitet, dann wird sie ihr Integrationsziel nicht erreichen können. Es ist heute klar, daß die wirtschaftliche Integration nicht zwangsläufig eine entsprechende politische Integration nach sich zieht. Dazu ist ein starker politischer Wille notwendig.

So wichtig es ist, die EWG durch die Aufnahme der beitrittswilligen Länder geographisch zu erweitern, so unabdingbar bleibt es, auch eine größere Gemeinschaft politisch zu untermauern. Gestellt vor diese doppelte Problematik, bietet sich die WEU an, eine zunehmende Kooperation und Koordination der Politik der westeuropäischen Länder zu erreichen. Der WEU-Vertrag weist der Union ausdrücklich neben der militärischen Aufgabenstellung politische, ökonomische, soziale und kulturelle Aufgaben zu. Die WEU ist bereits heute aufgrund der Mitgliedschaft Großbritanniens und der sechs EWG-Länder eine wesentliche politische Plattform. Die Mitglieder der Brüsseler Kommission stehen seit vielen Jahren in ständigem Kontakt und Meinungsaustausch mit den Organen der WEU.

Die WEU ist ihrer Struktur nach ein Organ der Kooperation und Koordinierung der Politik der Mitgliedsstaaten. Sie ist insofern Hilfsorgan einer wachsenden Integration ohne selbst direkt Supranationalität zu haben oder zu schaffen. Ihre politische Arbeit könnte aber das Mindestmaß an politischer Übereinstimmung schaffen, das die wirtschaftliche Integration Westeuropas braucht. Sie würde außerdem Zentrum der politischen Kooperation Westeuropas werden. Die Aufnahme neuer Mitglieder - für alle Vollmitglieder der EWG sollten Mitglieder der WEU werden - und weitere notwendige Veränderungen des WEU-Vertrages stellen keine unüberwindlichen Schwierigkeiten dar.

Die Ausgliederung der Außen- und Verteidigungspolitik aus dem ökonomischen Integrationsprozeß, ohne die enge Bindung zwischen der allgemeinen Politik und der wirtschaftlichen Integration aufzulösen und die EWG-Mechanismen zu tangieren, hätte einen wesentlichen Vorteil. So würde deutlich werden, daß eine Assoziation neutraler europäischer Länder an die EWG keine Aufgabe dieses Status bedeuten würde.

Die Notwendigkeit, Ansätze zu einer politischen Integration Westeuropas zu finden, dabei aber nicht die Realitäten der politischen Organisation Europas in Nationalstaaten zu übersehen, führt dazu, auf Pläne zurückzugreifen, die seit 1960 und später auf Initiative Staatspräsident de Gaulles von den EWG-Ländern diskutiert wurden. Die damalige Idee der französischen Regierung, unter dem Namen "Fouchet Pläne" bekannt, sollte ein organisiertes und regelmäßiges Einvernehmen der EWG-Länder in allen Fragen der Außen-, Verteidigungs- und Kulturpolitik sichern. - Die Mechanismen der "Fouchet Pläne" lassen sich ohne weiteres in eine mit neuen Zielsetzungen ausgestatteten WEU einbauen. Allerdings müssen dabei vier Bedingungen akzeptiert werden!

- a. Muß der Beitritt aller beitrittswilligen Länder Westeuropas gesichert sein;
- b. muß ein Beschluß bindend sein, also europäische Verbindlichkeiten schaffen und evtl. supranationale Befugnisse begründen;
- c. dürfen der Integrationsmechanismus und die Beschlußregeln der EWG nicht beeinträchtigt werden;
- d. müssen echte parlamentarische Befugnisse begründet werden und eine Zusammenführung der Arbeit der WEU-Versammlung und des Europäischen Parlaments eingeleitet und abgeschlossen werden.

## Spaniens Studenten wollen ein "Friedenskorps"

### Neue Wege zur Bekämpfung des Bildungsnotstandes

Von unserem HD-1-Korrespondenten in Madrid

Das positive Echo übertraf alle Erwartungen: Die Vereinigung zur Beseitigung des jugendlichen Bildungsnotstandes hatte 1.500 Madrider Studenten befragt, ob sie kostenlos junge Analphabeten aus den ärmsten Schichten des Volkes regelmäßig unterrichten wollten. Neun von zehn Studenten antworteten mit einem uneingeschränkten "JA".

Sie alle kannten das Vorbild, das eine Gruppe ihrer Kommilitonen in einem Madrider Arbeiterviertel gab - und sie wissen, daß nichts erfolgreicher sein kann als der Erfolg dieser spanischen "Aktion Gemeinsinn". Von 120 dieser armen Abendschüler, die von den Studenten unterrichtet wurden, bereiten sich bereits 75 auf die Mittlere Reife vor - die 20 studentischen Lehrer hatten etwa 6.000 Stunden für diese "kulturelle Aufrüstung" aufgewendet. Hätten sie Geld dafür erhalten, dann wären auf diese Weise 30.000 Mark zusammengekommen.

Spaniens rebellische Studenten demonstrieren nicht nur, sie springen über den eigenen Schatten anerzogenen Standesdünkels und widmen sich einer Arbeit, für die eigentlich der Staat zuständig wäre in einem Land, dessen Schulwesen eher eine Domäne privater Profitschöpfer geblieben ist.

Juan Garijo, ein um die schulische Förderung von Arbeiterkindern besonders verdienter Student, machte jetzt Schlagzeilen: Er schlug vor, militäruntaugliche Kommilitonen für solche pädagogischen Aufgaben heranzuziehen im Rahmen eines "nationalen Friedenskorps", das den Mißständen im spanischen Schulwesen im Interesse einer umfassenden Volksbildung zu Leibe rücken soll. Viele spanische Studenten finden es verantwortungslos, im Bildungswesen "wie im 19. Jahrhundert weiterzuwursteln", wie einer von ihnen sich ausdrückte. Da der Bedarf an gebildeten und anpassungsfähigen Arbeitskräften in Spanien von Jahr zu Jahr steigt, muß die Schule schrittweise aus ihrem Dasein als gewinnbringende Bildungs-Industrie herausgeführt und in ein Instrument breitester Volksbildung umgemünzt werden.

Spaniens Studenten wollen bei diesem auch für andere Entwicklungsländer beispielhaften Unternehmen an der Spitze der "Bildungs-Bewegung" marschieren.